Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 10

Artikel: Amerikanische Gewissensforschung
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140604

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mag — es sind Verbrechen geschehen, die man sich in einer modernen Welt nicht vorstellen kann — dennoch kommt die Kriegsverhütung zuerst.

Und noch etwas: Wenn wir dem Frieden dienen, wenn wir die beiden großen Mächte für unsere Ziele gewinnen wollen, so hat es keinen Sinn, daß wir sie zunächst einmal verurteilen und verdammen.

Wir leben in einer Welt neuer physischer Kräfte und Erfahrungen, die dazu beitragen werden, die Ära des Imperialismus zu begraben — falls wir das Unsere tun, in modernen Begriffen zu denken, als freie Menschen. Es ist unsere positive, konstruktive Arbeit in unseren eigenen Ländern, die dazu hilft, die noch unfreien Völker freizusetzen. Und unser Bemühen um den Frieden, um Zusammenarbeit ist im Einklang mit ungezählten Millionen von Menschen — und gewinnt aus dieser Verbindung mit dem Denken der überwiegenden Mehrzahl der Menschen seine Kraft.»

Amerikanische Gewissensforschung*

Nach den spektakulären Rückschlägen, die die amerikanische Außenpolitik in den letzten Monaten erlitt, ist in den politischen Gremien der USA offensichtlich jene Gewissenforschung in Gang gekommen, die schon so lange fällig war.

Kuba hat zur öffentlichen Diskussion gestellt, was seit längerer Zeit in der privaten Sphäre einer Machtelite Amerikas verhandelt wurde. Die heutige Auseinandersetzung gibt ein Bild vom Kampf fortschrittlicher Kreise um eine neue Außenpolitik, von einem Kampf, der sich unter dem Druck internationaler Ereignisse noch verschärfen dürfte.

Ein Symptom des amerikanischen Malaise, das viele Beobachter feststellen, ist der Vertrauensschwund. Man hat kein Vertrauen mehr zu einer Regierung, die sich auf den Standpunkt stellt, daß nur bekannt werden dürfe, was sie als «im nationalen Interesse liegend» betrachtet. Das kommt zum Ausdruck zum Beispiel in einem Artikel der angesehenen «New York Times» (11. Mai 1961), betitelt: «*Das Recht, nicht angelogen zu werden*». Er enthält die bemerkenswerte Mahnung an die Regierung: «Eine Diktatur kann ohne wohl informierte öffentliche Meinung auskommen. Eine Demokratie kann es nicht. Es ist nicht bloß unethisch, das eigene Volk zu betrügen, so wie man es als selbstverständlich ansieht, eine gegnerische Regierung zu hintergehen, es ist auch *dumm*.» «Das amerikanische Volk ist weder moralisch noch

* Siehe auch die Broschüren: «The Crime against Cuba», von Corliss Lamont in der Serie Basic Pamphlets und «Cuba versus the C. I. A.», von Robert E. Light und Carl Marzani, Marzani und Munsell, Neuyork.

geistig auf die Wirklichkeit vorbereitet — es ist gerade aus diesem Grunde weitgehend demoralisiert», erklärt auch *Walter Lippmann*, ein anderer Kritiker der heutigen Außenpolitik.

Die Dulles-Politik des Kalten Krieges, die mit Hilfe Trumans eingeleitet und durch Eisenhower fortgesetzt wurde, hat die Vereinigten Staaten von einem Höhepunkt der Macht im Jahre 1945 auf die heutige prekäre Lage gebracht. Erst heute darf man es in Amerika wagen, sich zu der Auffassung zu bekennen, daß es die USA mit ihrer Atomdiplomatie waren, die den Kalten Krieg mit allem, was dazu gehört, einleiteten. Hand in Hand mit der «Containment Policy» (Politik der Eindämmung), die mit Dulles verknüpft ist, ging der Ausbau eines Systems von Stützpunkten und Satellitenstaaten, oder «client states» (Klienten-Staaten), wie sie von Walter Lippmann genannt werden, für die *eine* Qualifikation genügte: Sie mußten zuverlässige Antikommunisten sein. Die Gegenwart sieht nun den Zusammenbruch dieses Satellitensystems. Wie soll der Amerikaner, der Mann auf der Straße, solche Ereignisse interpretieren? Hat Moskau wieder die Hand im Spiel?

James Reston gibt eine Erklärung in der «New York Times» vom 14. Mai 1961: «Wir haben dem Kommunismus sehr oft Vorschub geleistet, indem wir jede beliebige Regierung, sofern sie sich als antikommunistisch bezeichnete, als Freund behandelten. Die Tatsache, daß Fidel Castro imstande war, in Kuba ein anti-amerikanisches und pro-russisches Regime auszubauen, ist mindestens teilweise darauf zurückzuführen, daß wir jenes willkürliche und korrupte Batistaregime duldeten, das Castro dann stürzte. Wir sollten aus diesem wie aus anderen Beispielen die Lehre ziehen, daß wir den Kommunismus nicht erfolgreich bekämpfen können, indem wir mit unseren Dollars Regierungen aushalten, die ihr eigenes Volk *bestehlen und ausbeuten.*»

Walter Lippmann wird nicht weniger deutlich (18. Mai) in bezug auf die ostasiatischen Vorgänge:

«Die Revolution in Südkorea und Iran, die auf die Unruhen in Laos und Südvietnam folgen, mögen als Warnung dienen, daß in Asien die Politik der Eindämmung mittels amerikanischer Satellitenstaaten am Zusammenbrechen ist. In allen diesen vier Ländern waren die Regierungen von uns abhängig (our client), man kann sogar sagen, sie waren unsere Kreaturen. Alle fallen in sich zusammen, und wenn man genauer zusieht, aus dem selben Grunde: diese amerikanischen Klienten-Staaten waren nicht nur korrupt, sondern dazu unvorstellbar reaktionär. Wir erleben jetzt das amerikanische Gegenstück zur Auflösung des britischen und französischen Kolonialreiches.»

Die fortschrittliche amerikanische Minderheit, die hier zum Wort kommt, weist mit Nachdruck auf die Kritik hin, die auch von Amerikas treuestem Verbündeten, England, geübt wird. Der konservative, pro-amerikanische «*Observer*» in London schrieb schon am 30. April 1961:

«Das kubanische Abenteuer war nicht ein einmaliges Mißgeschick. Präsident Kennedys seitherige Reden und die Reaktion der Presse zeigen das deutlich. Die Intervention in Kuba fußte auf einer eigenartigen, politischen Betrachtungsweise, die auch Kennedy mit den meisten Amerikanern teilt und die heute Amerika von seinen Alliierten und allen Neutralen deutlich unterscheidet.»

«Unsere amerikanischen Freunde sind in größerem Maße, als sie zugeben würden, Gefangene einer Ideologie, die fast so eng ist wie die der Kommunisten und ebenso inbrünstig geglaubt wird. Für die amerikanische Ideologie lautet die Gleichung nicht bloß: Kapitalismus = Freiheit, sondern beinahe: Kapitalismus = absolute Tugend. Daß eine kleine Nation es wagt, eine amerikanische Aktiengesellschaft zu enteignen, erscheint den meisten Amerikanern als so offensichtlich sündhaft, daß sich jede weitere Diskussion erübrigt.»

«Fast jedem Amerikaner erscheint der Kommunismus als ebenso absolutes Übel wie Nazismus oder Mord, und wer dieses Dogma anzweifelt, muß bereits angesteckt sein ... Wenige Amerikaner können sich überhaupt vorstellen, daß ein Bauer in Laos tatsächlich den Pathet Lao einem Prinzen Boun Oum vorziehen mag oder daß in der Sowjetunion etwas anderes als Elend zu finden sei. Diese Betrachtungsweise vereinfacht denn doch zu sehr.»

«Niemand bestreitet, daß kommunistische, politische Technik schwer zu bekämpfen ist. Aber auch Chruschtschew weiß, daß die Technik der Infiltration nicht genügt und daß der Kommunismus nur dort siegt, wo die Bedingungen ihn begünstigen. Die bestbekannten von ihnen sind Armut, Rückständigkeit, Feudalismus und Unterdrückung ... In Osteuropa hinwieder ist der beste Verbündete des Kommunismus die *Furcht vor Deutschland* ... In Afrika, Asien und Lateinamerika ist es der Antikolonialismus.»

Eine Auffassung, die in Regierungskreisen, die realistisch zu urteilen glauben, Geltung hat, kommt zum Ausdruck in einem Artikel von *William Shannon* («NY Post», 16. Mai 1961). Er schreibt: «Die Frage, die wir stellen müssen, lautet nicht: Ist eine bestimmte Regierung korrupt?, sondern nur: Erfüllt sie ihre Regierungsfunktion? Auf dem Gebiete der Außenpolitik sind soziale Reformen nur die pharisäische Forderung von politischen Moralisten.»

Doch Reform in einem Satellitenstaat ist nicht eine moralische Frage; es geht einfach darum, eine stabile Regierung zu schaffen, die von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird. Dies ist auch unter den besten Umständen schwierig, es wird aber ganz unmöglich, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, jede Reform führe nur zu Kommunismus.

Wir erwähnten bereits, daß vorläufig erst eine Minderheit von fortschrittlichen Politikern und Publizisten in Amerika sich gegen die offizielle Außenpolitik einstellt. Die Mächte, die sich gegen jede Neuorientierung stemmen, sind noch ungemein einflußreich. Selbst ein

liberal sich gebärdendes Presseorgan wie der «Reporter» findet (25. Mai), die amerikanische Außenpolitik habe nichts zurückzunehmen, und befürwortet eine Intensivierung der herkömmlichen Außenpolitik mit herkömmlichen Mitteln: keine Absetzoperationen also, nicht einmal Koalitionsregierungen in amerikanischen Satellitenstaaten — eine Politik, die einen an die Befehle Hitlers an die deutsche Armee vor Stalingrad erinnert.

Auch in den höchsten Rängen der Administration scheint keine große Neigung zu bestehen, sich neu zu orientieren. Wenn Präsident Kennedy nach dem kubanischen Fiasko seine Außenpolitik überprüft, so geschieht es im Sinne einer Verhärtung. Seine erste Rede nach jenem Mißerfolg schloß mit der Erklärung, die USA würden in Lateinamerika mit eigenen militärischen Kräften eingreifen (unilaterally), falls er den Eindruck habe, die Sicherheit des Landes sei gefährdet. Das Hauptgewicht in der Außenpolitik wird je und je auf die militärische Stärke gelegt, wie die seither erfolgten Erhöhungen der Rüstungsprogramme zeigen. Neu ist, daß Kennedy beschlossen hat, die Sonderkommandos für den sogenannten Guerillakrieg bedeutend zu verstärken. Der mit der Untersuchung der Kuba-Affäre betraute General Taylor soll zugleich dafür sorgen, daß militärische Operationen solcher Einheiten in Zukunft dem Pentagon und nicht der Spionageorganisation CIA unterstehen.

Guerillakriegführung ist anscheinend künftig die Losung für die Abwehr des Kommunismus. Wie *Hanson Baldwin* von der «New York Times» meldet, hat Kennedy Mao Tse-tungs und Guevaras Anweisungen über dieses Thema studiert, sich für deren Anpassung an die amerikanischen Bedürfnisse ausgesprochen. Selbst das nüchterne «Wall Street Journal» meldet mit Schlagzeilen, daß die amerikanische Armee ein Blatt aus dem Buch der Roten genommen habe und spezielle Einheiten für «paramilitärische Operationen» ausbilde. Es ist nicht anzunehmen, daß die Hoffnungen, die von gewissen militärischen Stellen auf diese neue Strategie der Infiltration gesetzt werden, sich realisieren lassen. Selbst wenn sie nicht in Großaktionen, sondern in erster Linie als polizeilich-militärische Maßnahme gegen Volksaufstände in rückständigen Ländern gedacht ist, wird sie auf große Schwierigkeiten stoßen. Kennedy und seine militärischen Berater mögen Mao Tse-tung studieren, aber sie verstehen ihn nicht. Unter dem Titel «Maos Fibel über den Guerillakrieg» publizierte die «New York Times» am 4. Juni 1961 Auszüge aus Maos Handbuch für den Guerillakrieg. Die einleitenden Sätze sollten dem Pentagon zu denken geben:

«Ohne politisches Ziel muß ein Guerillakrieg mißlingen, da er in diesem Fall nicht mit den Wünschen und Hoffnungen des Volkes übereinstimmt und die Sympathie und Mitarbeit des Volkes nicht gewinnen kann. Der Guerillakrieg ist seinem Wesen nach eindeutig

revolutionär . . . In einem konterrevolutionären Krieg ist kein Platz für Guerillatätigkeit, denn Guerillatätigkeit geht vom Volk aus und wird von ihm unterstützt.»

Das Pentagon glaubt, Guerillamethoden benützen zu können, und denkt dabei nur an die äußerlichen Faktoren, wie Ausrüstung und Training. Das Hauptmoment aber ist das Ziel, für das sich der Guerillakämpfer einsetzt. Er kämpft immer um Nahrung, für Gerechtigkeit, gegen soziale und wirtschaftliche Unterdrückung, gegen Großgrundbesitzer, Wucherer, korrupte Beamte und Polizeiwillkür, kurz gegen alle jene Dinge, die die amerikanische Außenpolitik unterstützt, weil sie *für den Status quo, für das Bestehende eintritt.*

Einen Vorteil freilich hätten solche «paramilitärischen Operationen» für die Regierung. Sie könnten, wie bisher die Unternehmungen der CIA, der Kontrolle des Parlaments und seiner Organe entzogen werden. Es dürfte dieser Umstand auch eines der Hauptmotive für die neue Praxis der Administration sein.

Wir haben vorstehend einige Aspekte der heutigen Auseinandersetzung über die Außenpolitik der USA skizziert. Die Debatte zwischen den Befürwortern einer Neuorientierung und den Anhängern einer Politik der gepanzerten Faust hat noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht. Sie muß immer weitere Kreise ergreifen, wenn der unheilvolle Druck, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf der amerikanischen Außenpolitik lastet, schwinden soll. Wenn, mit anderen Worten, die Beziehungen Amerikas zur übrigen Welt einmal nicht mehr, wie heute, von Pentagon und CIA, von den Rüstungskorporationen und ihrem Anhang verfälscht werden, wird das amerikanische Volk vielleicht die kubanische Revolution einst als Wendepunkt seiner eigenen Entwicklung würdigen. Red.

Die große Gefahr für den Frieden kommt wieder «von draußen»

In einem Artikel zur diesjährigen Bundestagswahl schreibt die Vorsitzende der DFU (Deutsche Friedens-Union), *Frau Prof. Renate Riemeck* unter anderem . . . «Vor den diesjährigen Bundestagswahlen ist die Situation anders (als in den Jahren 1949, 1953, 1957). Heute reden die Bundeswehrgeneräle offen vom ‚Krieg unserer Zeit', als wäre er eine mögliche Alternative zur Politik. Adenauer forderte in diesem Wahlkampf für die Bundeswehr die gleiche Bewaffnung, wie die Sowjetarmee sie hat. (Was meint er? Interkontinentalraketen?) Und gestützt auf die scheinbar neugewonnene militärische Macht konnte er Pfingsten 1961 in Bamberg erklären: ‚Wir werden dem An-